

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Bürgerausschusses
am 05.11.2019

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 17:32 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Jens Hüsemann
Herr Erwin Jung
Frau Petra Brinkmann

SPD

Frau Brigitte Biermann
Herr Hans-Jürgen Franz
Herr Dr. Michael Neu
Herr Prof. Dr. Riza Öztürk
Frau Frauke Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerald Gutwald
Herr Harald Haemisch
Frau Hannelore Pfaff

Bielefelder Mitte

Frau Renate Dederling

FDP

Herr Gregor vom Braucke

Die Linke

Herr Peter Ridder-Wilkens

Lokaldemokratie in Bielefeld

Herr Michael Gugat

Von der Verwaltung:

Frau Wellmann - Rechtsamt
Frau Steinkötter - Rechtsamt, Schriftführerin, Tel.: 51-2193

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Henrichsmeier, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Bürgerausschuss beschlussfähig ist. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht genannt.

Zu Punkt 1 **Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung des Bürgerausschusses am 24.09.2019**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 20. Sitzung des Bürgerausschusses am 24.09.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

-bei 4 Enthaltungen einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 4 **Beratung von Anregungen und Beschwerden**

Zu Punkt 4.1 **Geplante Verkehrsführung am Emil-Groß-Platz**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9536/2014-2020

Frau Wellmann trägt vor, dass der Petent befürchte, dass bei einer Umgestaltung des Emil-Groß-Platzes zwei Sonderparkplätze für Menschen mit Behinderungen vor den Häusern Karl-Eilers-Straße 11 und 13 wegfallen würden. Behindertenparkplätze seien für stark körperlich beeinträchtigte Menschen zur Teilhabe am allgemeinen Leben sehr wichtig. Deshalb rege er an, die Behindertenparkplätze zu erhalten oder Ersatz dafür zu schaffen.

Bei der autofreien Umgestaltung des Emil-Groß-Platzes können die Sonderparkplätze in der Karl-Eilers-Straße 11 und 13 tatsächlich nicht mehr erreicht werden. Am 8.10.2019 habe es zu der Umgestaltung eine öffentliche Informationsveranstaltung gegeben. In enger Abstimmung mit dem Beirat für Behindertenfragen werde derzeit nach alternativen Standorten für die Sonderparkplätze gesucht. Ein Ortstermin hierzu finde am 6.11.2019 statt. Die Ergebnisse gehen in die weiteren Planungen ein. Ziel sei es, einen Ersatz für die wegfallenden Sonderparkplätze in der direkten Umgebung des Emil-Groß-Platzes zu schaffen. Die Bezirksvertretung Mitte werde dann abschließend über die Umgestaltung des Emil-Groß-Platzes beschließen.

Frau Wellmann führt fort, dass der Petent des Weiteren anrege, auch bei der Umgestaltung des Jahnplatzes Sonderparkplätze für behinderte Menschen auszuweisen. Er weise insbesondere auf die Arztpraxen am Jahnplatz hin.

Bei den Planungen zur Umgestaltung des Jahnplatzes werde die Erreichbarkeit der Arztpraxen mit Pkw, Taxen und Sondertransporten berücksichtigt. Zum jetzigen Zeitpunkt und Planungsstand könne allerdings noch keine Aussagen über die Art, Ort und Anzahl der Parkmöglichkeiten getroffen werden.

Der Petent erläutert zu seiner Eingabe, dass Bielefeld als Oberzentrum ausgewiesen sei und die Erreichbarkeit der Arztpraxen auch für Auswärtige wichtig sei. Der Vortrag von Frau Wellmann habe ihn beruhigt, da Ersatz für die wegfallenden Sonderparkplätze geschaffen werde.

Frau Pfaff merkt an, dass man bei den Planungen aufmerksam sein müsse, um die Sonderparkplätze nicht außer Acht zu lassen. Sie sei sich sicher, dass ein Ersatz für die wegfallenden Parkplätze gefunden werde.

Herr Jung unterstützt die Aussage von Frau Pfaff und ergänzt, dass bei der Umgestaltung des Jahnplatzes der Behindertenbeirat und der Seniorenbeirat zu beteiligen seien. Er spricht sich für eine Verweisung der Eingabe an die BV Mitte und an den StEA aus.

Herr Gugat schließt sich den Ausführungen an. Er weist darauf hin, dass der Straßenraum gleichgeblieben sei, es jedoch wesentlich mehr Fahrzeuge gebe. Die Erreichbarkeit der Stadt sei wichtig, aber auch die Barrierefreiheit.

Frau Biermann schließt sich den Ausführungen ebenfalls an. Die Fachausschüsse seien gefordert, für Sonderparkplätze Sorge zu tragen.

Herr Ridder-Wilkens begrüßt die Anwesenheit des Petenten. Die Belange behinderter Personen dürften nicht außer Acht gelassen werden.

Beschluss:

Die Eingabe wird an die Bezirksvertretung Mitte und den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Raumknappheit in der Grundschule Babenhausen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9537/2014-2020

Frau Wellmann führt aus, dass die Petentin im Namen der Schulpflegschaft der Grundschule Babenhausen den Antrag stelle, einen Runden Tisch einzuberufen, damit bereits jetzt eine tragfähige Lösung zur Beseitigung der Raumnot in Babenhausen gefunden werde, die innerhalb der kommenden drei Jahre umgesetzt werden solle. Sofern bauliche Maßnahmen erforderlich seien, werde gefordert, Architekten zu beauftragen, die einen konkreten Plan für mehr Platz und Raum erarbeiten. Die Schulpflegschaft fordere insgesamt eine dauerhafte Erweiterung des Raumangebots. Bezüglich der Einzelheiten verweist Frau Wellmann auf die Ausführungen in der Eingabe.

Mit den Schulleitungen der Grundschule Babenhausen und der Leineweberschule wurden seitens des Amtes für Schule am 24.6.2019 und am 30.9.2019 Gespräche zu der aktuellen Raumsituation geführt. Ziel sei es gewesen, für eine Übergangszeit bis zu einem Erweiterungsbau eine räumliche Zwischenlösung zu finden. Ergebnis sei die Errichtung eines Raummoduls (d.h. eine Containerlösung) für vier OGS-Räume, ein OGS-Büro, einen Mitarbeiterinnenraum und einen Technik-/Putzmittelraum zum Schuljahr 2020/2021.

Die Realisierung baulicher Erweiterungen des Gebäudebestandes sei angesichts der erheblichen planerischen bzw. bauordnungsrechtlichen Vorläufe kurzfristig allerdings nicht umsetzbar. Eine bauliche Erweiterung der Grundschule Babenhausen sei letztlich auch abhängig von dem zukünftigen Standort der Leineweberschule. Nach Vorliegen der Ergebnisse aus der quantitativen und qualitativen Schulentwicklungsplanung sowie unter Berücksichtigung der OGS-Ausbauliste werde der Schul- und Sportausschuss eine Entscheidung zu den konkreten baulichen (Erweiterungs-) Maßnahmen für beide Schulen bzw. zur eventuellen Verlagerung der Leineweberschule und den sich daraus ergebenden räumlichen Konsequenzen treffen.

Dieser Planungsablauf sei aus Sicht der Verwaltung unabdingbar, da aufgrund der begrenzten Ressourcen nur eine Entwicklung aus der ganzheitlichen Schulentwicklungsplanung gesamtstädtisch wirtschaftlich und sinnvoll sei.

Die Bezirksvertretung Dornberg habe sich mit der Raumsituation der Grundschule Babenhausen und der Leineweberschule bereits in ihren Sitzungen am 9.5.2019, 27.6.2019 und am 5.9.2019 befasst. Hinsichtlich der Einberufung eines Runden Tisches sei die BV Dornberg in der Sitzung am 5.9.2019 darüber informiert worden, dass sämtliche Aspekte der

Raumproblematik im Rahmen der öffentlich tagenden Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung am 12.11.2019 zur Beratung gestellt werden. Vertreter/-innen der BV seien zu der Sitzung der AG eingeladen. Vor diesem Hintergrund werde seitens der Verwaltung vorgeschlagen, das Ergebnis der Arbeitsgruppe abzuwarten und die Angelegenheit zur einheitlichen Behandlung an den Schul- und Sportausschuss zu verweisen.

Die Vorsitzende der Schulpflegschaft bedankt sich für die Einladung und trägt vor, dass die Schule zu klein sei. Die Containerlösung führe zu einem Platzverlust auf dem Schulhof. Es sei wichtig, dass es bei den geplanten 3 Jahren bliebe und die Container nicht zu einer Dauerlösung würden. Es sei schade, dass bisher kein Runder Tisch eingerichtet worden sei. Sie wünsche sich eine Verweisung der Eingabe an den Schul- und Sportausschuss und die Einrichtung eines Runden Tisches.

Herr Jung stimmt dem Anliegen zu und merkt an, dass es nicht sein könne, dass immer auf den Schulentwicklungsplan verwiesen werde. Es müsse jetzt etwas passieren. Er unterstützt die Verweisung an den Schul- und Sportausschuss und die Einrichtung des Runden Tisches.

Herr Ridder-Wilkens weist darauf hin, dass es einen Sanierungsstau gebe, der Antrag seiner Fraktion im Rat, 3 Millionen Euro für die Schulen zur Verfügung zu stellen, jedoch abgelehnt worden sei. Wenn kein Geld da sei, müsse es im Haushalt bereitgestellt werden.

Die Leiterin der Grundschule ergänzt, dass die Problematik schon länger existiere. Die OGS Verpflegung würde seit vier Jahren in den Räumen der Kirche stattfinden und sei ursprünglich auch nur als Übergangslösung geplant gewesen. Es werde der Eindruck erweckt, dass die Probleme auf die lange Bank geschoben würden. Die Schule müsse Stück für Stück zurückweichen und sei am Ende ihrer Möglichkeiten. Die Qualität des Unterrichts müsse erhalten bleiben und die Prognose der Schülerzahlen sei schon dieses Jahr überschritten worden.

Frau Biermann erkennt das Dilemma. Der Bürgerausschuss könne die Eingabe jedoch nur an den Schul- und Sportausschuss und die BV Dornberg verweisen.

Herr vom Braucke schließt sich den Ausführungen an. Er habe mit Vertretern der BV Dornberg gesprochen. Ein Zeitraum von drei Jahren sei eine Generation von Schülern, die nichts anderes kennenlernen würde, als die Containerlösung. Es sei absehbar, dass es eher schlimmer als besser würde.

Die Vorsitzende der Schulpflegschaft ergänzt, dass der Runde Tisch unter Beteiligung der Verwaltung eingerichtet werden solle.

Herr Haemisch merkt an, dass der Runde Tisch bereits im Juni beschlossen worden sei und bisher immer noch nicht stattgefunden habe.

Frau Biermann regt zusätzlich eine Beteiligung des ISB an.

Frau Pfaff sieht die Problematik, dass andere Schulen zurückstecken müssten, wenn in Babenhausen vorzeitig etwas passieren solle. Um die

Dringlichkeit festzulegen, sei die Prioritätenliste aufgestellt worden.

Frau Brinkmann weist darauf hin, dass Frau Viehmeister, Frau Pfaff und sie selbst Mitglieder im Schulausschuss seien. Es werde seitens der Verwaltung immer wieder auf den Schulentwicklungsplan verwiesen und Vorhaben dadurch gebremst.

Beschluss:

Die Eingabe wird an den Schul- und Sportausschuss, die Bezirksvertretung Dornberg und den Betriebsausschuss ISB verwiesen.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 5

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Frau Wellmann berichtet, dass folgende Beschlüsse, die der Bürgerausschuss an andere Gremien verwiesen habe, entsprechend der Empfehlung behandelt wurden:

• Sitzung am 25.09.2018:

- HG M. Augustyniak

Die BV Brackwede habe am 17.01.2019 beschlossen, dass auf dem öffentlichen dreieckigen Platz in Quelle zwischen den Straßen Waldbreede und Niederbreede eine Bank oder ein Findling mit einer Gedenktafel/-inschrift aufgestellt werde. Ein ortsansässiger Steinmetz sei durch die Presse darauf aufmerksam geworden und habe sich als Spender einer Granitbank mit Inschrift bereit erklärt.

- Ausbaubeitragssatzung

Das Thema sei zweimal im Ausschuss behandelt worden und zwar am 25.09.2018 und am 05.02.2019. Der StEA habe am 04.03.2019 Kenntnis von beiden Eingaben genommen. Es sei abzuwarten, ob das Land eine neue Gesetzeslage erarbeitet.

- Solidaritätsbekundung Geflüchteter

Der HWBA habe am 31.10.2018 den Antrag der Fraktion die Linke dem Bürgerantrag beizutreten abgelehnt und habe von der Eingabe Kenntnis genommen.

• Sitzung am 06.11.2018:

- Brackweder Realschule als Talentschule

Der Schul- und Sportausschuss habe am 20.11.2018 die Teilnahme der Brackweder Realschule am Schulversuch des Landes „Talentschulen“ befürwortet.

- Stadtbahn nach Jöllenbeck

Der StEA habe am 29.01.2019 Kenntnis davon genommen, dass eine Verlängerung der Stadtbahn nach Jöllenbeck im Rahmen der Erstellung des dritten Nahverkehrsplans geprüft werde.

• Sitzung am 05.02.2019:

- Straßenbaubeiträge (s. o.)

- Gefährlicher Schulweg

Das Amt für Verkehr habe sich für die Sitzung der BV am 27.06.2019 ausführlich schriftlich zu dem Thema geäußert. Eine weitere mündliche Erörterung sei in der Sitzung nicht erfolgt. Ein Ortstermin habe ergeben, dass kein gefährlicher Schulweg vorliege. Inwieweit Schülerkosten, die von dem Amt für Schule finanziert würden, eingesetzt werden, sei von den Eltern abhängig.

- Calisthenics

Die Mitglieder des Schul- und Sportausschuss waren sich am 26.03.2019 darüber einig, dass die Entwicklung und Annahme der Anlage auf dem Kesselbrink abgewartet werden solle.

- Radstation

Der StEA habe am 02.07.2019 verschiedene Beschlüsse zur Radstation gefasst, die über die Anregungen der Eingabe hinausgingen.

- Verkehrsversuch Jahnplatz

Der StEA habe am 21.05.2019 beschlossen, dass im 1. Halbjahr 2020 in unmittelbarer Nähe zum Jahnplatz und Turnerstr. die Verkehrsbelastung erneut bestimmt werde.

• Sitzung am 09.04.2019:

- Umgestaltung Jahnplatz

Der StEA habe die Eingabe am 21.05.2019 zur Kenntnis genommen und beschlossen, dass eine Änderung der Beschlussfassung nicht erfolge.

- Baumschutzsatzung

Der AfUK habe am 18.06.2019 die Verwaltung beauftragt, ein öffentliches Hearing zu dem Thema einzuberufen.

• Sitzung am 09.07.2019:

- Erhalt Petristr. 2

Der Betriebsausschuss ISB habe am 01.10.2019 beschlossen, dass über die Petristr. 2 erst nach Abschluss der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/3/102.00 entschieden werde.

- Klimanotstand

Der Rat habe am 11.07.2019 den Klimanotstand verkündet und die Verwaltung beauftragt, eine Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten.

Frau Pfaff bittet darum, dass Beschlusscontrolling künftig vorab zu übersenden, da sie den Vortrag besser mitverfolgen könne.

-.-.-

Gerhard Henrichsmeier

Katrin Steinkötter
(Schriftführerin)